

# Scharfe Schüsse in der Heide?

Seit 30 Jahren trainiert die Bundeswehr auf dem Truppenübungsplatz Altmark nur mit Laser-Technik. Der Plan einer echten Schießbahn für Soldaten ängstigt nun Anwohner.

VON MATTHIAS FRICKE

**COLBITZ.** Die Bundeswehr plant in der Heide – nur wenige Kilometer von Colbitz entfernt – eine etwa 200 Meter lange Schießbahn zur Ausbildung der Soldaten des Gefechtsübungszentrums (GÜZ). Trainiert werden soll dort an den Pistolen P8, dem Sturmgewehr G36 und maximal dem Maschinengewehr MG5. Damit soll erstmals seit Jahrzehnten auf dem Platz wieder scharf geschossen werden.

Für Frank Winnig, Vorsitzender der Bürgerinitiative „Schießplatz Colbitz – so nicht“ ist das ein Politikum: „Wir haben Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU), Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD), alle Bundestagsfraktionen und den Landtag Sachsen-Anhalt angeschrieben“, sagt Winnig. Antworten kamen bisher nur von zwei Parteien. Grund des Protestes: Anwohner umliegender Gemeinden fürchten durch die Schießausbildung eine zunehmende Lärmbelästigung. „Das erinnert viele von uns an düstere Zeiten“, sagt er. Bis 1994 diente die Heide als Übungsplatz den sowjetischen bzw. GUS-Truppen. Winnig fügt hinzu: „Wir sehen auch das Trinkwasser in Gefahr.“ Schließlich liege das betreffende Gebiet südlich der Heidestraße im Trinkwasserschutzgebiet, das rund 450.000 Menschen im Großraum Magdeburg versorgt. Die Truppe solle doch, bei allem Verständnis, lieber in den nördlichen Teil ausweichen. Das wird bisher aber abgelehnt.

Die Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH teilte der Bürgerinitiative bereits mit: „Nach bisheriger Kenntnis soll die Schießbahn im Bereich des Grundwasseranstroms zur Westfassung des Wasserwerkes Colbitz errichtet werden. Dies setzt selbstverständlich ein wasserrechtliches Genehmigungsverfahren voraus, das nach unserer Kenntnis durch die Bundeswehr noch nicht in die Wege geleitet wurde.“

Winnig und seine Mitstreiter führen außerdem ins Feld: „Es gab eine Vereinbarung im ersten Heidekompromiss, dass kein scharfer Schuss in der Colbitz-Letzlinger Heide mehr fallen soll. Das war der Hauptgrund, warum die Bundeswehr auf Lasertechnik umgestellt hatte. Damit konnten die umliegen-



Bundeswehrsoldaten des Truppenübungsplatzes Altmark sollen einen Schießstand auf dem Gelände südlich der Heidestraße erhalten. Hier ist ein Soldat auf dem Schießstand in Mecklenburg-Vorpommern zu sehen. FOTO: IMAGO



„Wir sehen auch das Trinkwasser in Gefahr.“

Frank Winnig, Bürgerinitiative „Schießplatz Colbitz - so nicht!“

FOTO: FRICKE

den Gemeinden leben.“ Das GÜZ bei Gardelegen ist seit 1995 eine Zentrale Ausbildungseinrichtung des Heeres und wird aktuell von Oberst Heiko Diehl geführt. Er hält die bisherigen langen Fahrzeiten zur Ausbildung der Grundfertigkeiten seiner Soldaten, die den Platz betreiben, für unwirtschaftlich. Bisher nutzen die rund tausend Soldaten für ihr Schießtraining min-

destens einmal im Jahr, meist aber häufiger, die Plätze im 60 Kilometer entfernten Kletitz (Landkreis Stendal), Lehnin (Brandenburg) oder zum Beispiel Celle (Niedersachsen). GÜZ-Sprecher, Hauptmann Alexander Helle, bestätigt, dass man eine Schießbahn vor der eigenen Haustür anstrebt und eine Nutzungserweiterung für den Übungsplatz beantragt habe. „Von einer

Lärmbelästigung kann keine Rede sein.“ Im Oktober vergangenen Jahres habe man an der geplanten Stelle mit Darstellungsmunition (Platzpatronen) Schüsse abgegeben. 40 Bürgermeister und Mitglieder der Bürgerinitiative waren damals dabei. Beim Test teilte sich die Gruppe. Eine stand an der Platzgrenze. Helle: „Da hörte man nur ein Klacken. Als in der Ferne ein Hund bellte und ein Specht klopfte, war nicht mal mehr das Klacken zu hören.“ Frank Winnig, der ebenfalls in der Gruppe an der Platzgrenze war, sagt: „Das stimmt. Allerdings hat da nur ein Soldat mit Darstellungsmunition geschossen. Man muss aber davon ausgehen, dass dort auf vier bis sechs Bahnen scharf geschossen wird. Dann sieht die Sache schon anders aus.“

Eine Sprecherin des Bundesministeriums für Verteidigung teilte der Volksstimme auf Nachfrage mit, dass „über die Einrichtung einer sogenannten Handwaffen-Schießbahn noch nicht entschieden wurde“. Zunächst sei ein Wirtschaftlichkeitsgutachten Voraussetzung. Dieses liege noch nicht vor.